

Geschäftsbericht 2007

# Bundesverwaltungsgericht



<b>Einleitung</b>	<b>75</b>
<b>Zusammensetzung des Gerichts</b>	<b>76</b>
<b>Gerichtsorganisation</b>	<b>78</b>
<b>Geschäftslast</b>	<b>79</b>
<b>Koordination der Rechtsprechung</b>	<b>82</b>
<b>Gerichtsverwaltung</b>	<b>83</b>
<b>Aufsicht</b>	<b>86</b>
<b>Zusammenarbeit</b>	<b>87</b>
<b>St. Gallen</b>	<b>88</b>
<b>Statistiken</b>	<b>89</b>

## Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts 2007

20. Februar 2008

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen Bericht über unsere Tätigkeit im ersten Jahr des Bestehens des Bundesverwaltungsgerichts.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident:	Christoph Bandli
Die Generalsekretärin:	Prisca Leu



## Einleitung

---

Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2007 als neues zentrales Verwaltungsgericht der Eidgenossenschaft an drei verschiedenen Standorten im Raum Bern aufgenommen. 36 Rekurskommissionen und departementale Beschwerdedienste sind auf diesen Zeitpunkt aufgehoben worden und im neuen Gericht aufgegangen. Dieses hat von den Vorgängerorganisationen knapp 7500 hängige Verfahren übernommen.

Das erste Geschäftsjahr war in verschiedener Hinsicht anforderungsreich. Es galt, sich in einem neuen beruflichen Umfeld – zu nennen sind vor allem die Organisationseinheiten, Arbeitsmittel und Abläufe – zurechtzufinden. Gleichzeitig waren hängige und neue Verfahren möglichst schnell in einer geordneten Geschäftsabwicklung zu bewirtschaften, zu instruieren und abzuschliessen. Schliesslich mussten die wissenschaftlichen und administrativen Bereiche, nach einer Einarbeitungszeit, ihre Dienstleistungen laufend optimieren und den Bedürfnissen anpassen.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Umstand bemerkenswert, dass das Gericht im Bereich der Rechtsprechung mit den Eingängen zunehmend besser Schritt halten konnte. Die im Geschäftsjahr übernommenen und in einzelnen Rechtsgebieten aufgelaufenen Pendenzen stellten das Gericht aber vor Herausforderungen und führten zu grossen Belastungen. Im Bereiche der Administration konnte trotz zum Teil schwieriger Rahmenbedingungen die Erledigung des Tagesgeschäfts durchgehend sichergestellt werden.

Eine kritische Bilanz am Jahresende zeigt, dass einiges noch zu verbessern ist. Erwähnt seien beispielhaft die Informatik, die Aus- und Weiterbildung, die Kommunikation nach innen und aussen und die Bewirtschaftung der personellen Ressourcen. Der Start ist zwar geglückt, doch steht dem Gericht eine längere Konsolidierungsphase bevor, in die auch der Umzug nach St. Gallen fallen wird.

## Zusammensetzung des Gerichts

---

Das Bundesverwaltungsgericht setzte sich am 31. Dezember 2007 wie folgt zusammen:

### Leitungsorgane

#### Verwaltungskommission

Präsident: Christoph Bandli  
Mitglieder: Philippe Weissenberger  
Elena Avenati-Carpani (ab 1.5.2007)  
Claudia Cotting-Schalch (bis 30.4.2007)  
Bruno Huber  
Markus Metz (ab 1.5.2007)  
Alberto Meuli (bis 30.4.2007)

#### Präsidentenkonferenz

Präsident: Alberto Meuli  
Mitglieder: Lorenz Kneubühler  
Bernard Maitre  
Claudia Cotting-Schalch  
Walter Stöckli

### Spruchkörper

#### Abteilung I

Präsident: Lorenz Kneubühler  
Mitglieder: Florence Aubry Girardin (bis 31.12.2007)  
Christoph Bandli  
Michael Beusch  
Jérôme Candrian (ab 1.8.2007)  
Kathrin Dietrich  
Beat Forster  
Jürg Kölliker  
Pierre Leu (bis 31.5.2007)  
Markus Metz  
Pascal Mollard  
André Moser  
Claudia Pasqualetto Péquignot  
Daniel Riedo  
Marianne Ryter Sauvant  
Thomas Stadelmann  
Salomé Zimmermann

#### Abteilung II

Präsident: Bernard Maitre  
Mitglieder: Maria Amgwerd  
David Aschmann  
Jean-Luc Baechler  
Stephan Breitenmoser  
Francesco Brentani  
Ronald Flury  
Hans-Jacob Heitz  
Vera Marantelli  
Claude Morvant

Eva Schneeberger  
Frank Seethaler  
Marc Steiner  
Hans Urech  
Philippe Weissenberger

### **Abteilung III**

Präsident:

Mitglieder:

Alberto Meuli  
Eduard Achermann  
Elena Avenati-Carpani  
Ruth Beutler  
Johannes Frölicher  
Antonio Imoberdorf  
Stefan Mesmer  
Francesco Parrino  
Michael Peterli  
Franziska Schneider  
Andreas Trommer  
Bernard Vaudan  
Blaise Vuille

### **Abteilung IV**

Präsidentin:

Mitglieder:

Claudia Cotting-Schalch  
Gérald Bovier  
Robert Galliker  
Fulvio Haefeli  
Madeleine Hirsig-Vouilloz  
Walter Lang  
Gérard Scherrer  
Daniel Schmid  
Hans Schürch  
Nina Spälti Giannakitsas  
Bendicht Tellenbach  
Vito Valenti  
Thomas Wespi  
Martin Zoller

### **Abteilung V**

Präsident:

Mitglieder:

Walter Stöckli  
François Badoud  
Maurice Brodard  
Jenny de Coulon Scuntaro  
Jean-Daniel Dubey  
Kurt Gysi  
Bruno Huber  
Therese Kojic-Siegenthaler  
Markus König  
Christa Luterbacher  
Jean-Pierre Monnet  
Regula Schenker Senn  
Marianne Teuscher  
Beat Weber

## Zusammensetzung des Gerichts

---

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Jérôme Candrian am 20. Juni 2007 als Nachfolger von Pierre Leu (Abteilung I), der auf den 31. Mai 2007 seinen Rücktritt erklärt hatte, zum Richter am Bundesverwaltungsgericht. Er trat die Stelle am 1. August 2007 an. Am 3. Oktober 2007 wählte die Vereinigte Bundesversammlung Florence Aubry Girardin (Abteilung I) zur Bundesrichterin. Sie verliess das Bundesverwaltungsgericht auf Ende des Berichtsjahres.

Das Gesamtgericht wählte an seiner Sitzung vom 19. April 2007 Elena Avenati-Carpini und Markus Metz als Nachfolger von Abteilungspräsidentin Claudia Cotting-Schalch und Abteilungspräsident Alberto Meuli in die Verwaltungskommission und bestätigte Bruno Huber als deren Mitglied. Mit diesen Wahlen wurde der Übergang von der provisorischen Gerichtsleitung nach Art. 3 des Bundesgesetzes über den Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts zur Verwaltungskommission gemäss Art. 18 des Bundesgesetzes über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz, VGG) vollzogen.

Im Lauf des Berichtsjahres änderten verschiedene Richterinnen und Richter mit Zustimmung des Gesamtgerichts (bestehend aus allen Richterinnen und Richtern) ihren Beschäftigungsgrad. Das Total der Stellenprozentage in den jeweiligen Abteilungen veränderte sich dadurch nicht.

## Gerichtsorganisation

---

### Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt acht Sitzungen in Bern oder Zollikofen. Diese Sitzungen dienten auch der Informationsvermittlung und dem gegenseitigen Austausch der auf drei Standorte verteilten Richterinnen und Richter. Zu den wichtigsten Geschäften zählten der Erlass eines Reglements für Wahlen und Anstellungen durch das Gesamtgericht, eines Reglements für die Schlichtungsstelle bei Streitigkeiten zwischen Richterinnen und Richtern sowie die Wahl von Mitgliedern dieser Schlichtungsstelle. Weiter beschloss das Gesamtgericht, Nebenbeschäftigungen und öffentliche Ämter von Richterinnen und Richtern im Intranet des Gerichts offenzulegen.

Es wurde eine Kommission des Gesamtgerichts, bestehend aus zehn Richterinnen und Richtern, geschaffen, um die Behandlung wichtiger Geschäfte des Gesamtgerichts vorzubereiten und dessen Beratungen zu vereinfachen.

### Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz ist namentlich für die Koordination der Rechtsprechung verantwortlich. (Dieser Kernaufgabe ist auf Seite 82 ein eigener Abschnitt gewidmet.) Sie wählte am 23. Januar 2007 eine Vertretung aus jeder Abteilung zu Mitgliedern der Redaktionskommission für die Amtliche Sammlung der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts (BVGE). Die Kommission stellt gemäss Art. 9 Abs. 3 des Informationsreglements für das Bundesverwaltungsgericht sicher, dass die von den Abteilungen zur Veröffentlichung vorgeschlagenen Entscheide koordiniert und in einheitlicher Form publiziert werden.

## Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts trägt die Verantwortung für die Gerichtsverwaltung. Sie trat im Berichtsjahr zu 29 ordentlichen Sitzungen und zu Klausursitzungen zusammen. Wichtige Verwaltungsgeschäfte bildeten namentlich die Verabschiedung des Voranschlags 2008 und des Finanzplans 2009–2011 zuhanden der Bundesversammlung, Massnahmen im Kanzleiwesen aufgrund der ersten Erfahrungen im Gerichtsbetrieb, der Entscheid für eine grundsätzliche Einführung von Heimarbeit am Bundesverwaltungsgericht und ein Konzept für die lohnrelevante Personalbeurteilung. Ferner leitete sie Massnahmen zur Behebung der unterschiedlichen Geschäftslast in den Abteilungen ein (vgl. auch Geschäftslast) und setzte sich mit der Abgrenzung von Zuständigkeiten der Leitungsorgane des Gerichts auseinander.

Das Präsidialsekretariat verfasste für die Verwaltungskommission anhand der Gesetzes-, Verordnungs- und Reglementsbestimmungen sowie der Gesetzesmaterialien eine Studie zu den Zuständigkeiten der Leitungsorgane des Bundesverwaltungsgerichts. Die Problematik der Abgrenzung der Zuständigkeiten vor allem des Gesamtgerichts und der Verwaltungskommission wurde auch von der Kommission des Gesamtgerichts aufgenommen, was zu einem vertieften Meinungsfindungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist, führte.

Schliesslich konstituierte sich eine durch die Mitarbeitenden gewählte Personalkommission.

## Geschäftslast

### Überblick

Die Statistiken ab Seite 89 geben detailliert über die Geschäftslast im Berichtsjahr Auskunft. Das Bundesverwaltungsgericht hat von den Vorgängerorganisationen am 1. Januar 2007 7483 hängige Verfahren übernommen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 8554 Eingänge verzeichnet, denen total 7560 abgeschlossene Verfahren gegenüberstehen. Die Erledigungen hielten mit den Eingängen nicht Schritt; die pendenten Fälle stiegen zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2007 um 994 auf 8477. Verteilt auf die fünf Abteilungen zeigt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
<b>Abteilung I</b> Infrastruktur, Finanzen, Personal	<b>623</b>	<b>629</b>
<b>Abteilung II</b> Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	<b>429</b>	<b>386</b>
<b>Abteilung III</b> Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	<b>3518</b>	<b>2791</b>
<b>Abteilung IV</b> Asyl	<b>2238</b>	<b>2173</b>
<b>Abteilung V</b> Asyl	<b>1746</b>	<b>1581</b>
<b>Gesamthaft</b> (Abteilungen I–V)	<b>8554</b>	<b>7560</b>

Die Gründe für die Geschäftsentwicklung sind vielschichtig. Das Bundesverwaltungsgericht hatte auf allen Stufen mit den Anlaufschwierigkeiten einer neuen Organisation dieser Grösse zu kämpfen. Die Abteilungen und Verwaltungsbereiche mussten ihre im Verlauf des Jahres 2006 festgelegte Organisation optimieren und an neu erkannte Bedürfnisse anpassen. Ebenfalls viele Kräfte banden die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Informatikplattform des Bundesgerichts, vor allem dem Geschäftsverwaltungssystem, das unzureichend an die Bedürfnisse des Bundesverwaltungsgerichts angepasst ist; die sich daraus ergebende Einbusse an Effizienz in der täglichen Arbeit lässt sich zwar nicht quantifi-

zieren, ist jedoch als signifikant hoch einzuschätzen. Negativ auf die Erledigungszahlen hat sich auch ausgewirkt, dass sich die Richter und Richterinnen in gewissen Abteilungen in neue Rechtsgebiete einarbeiten und die Abteilungen eine grössere Anzahl Gerichtsschreiber/-innen in eine für sie neue Tätigkeit einführen mussten. Im zweiten Halbjahr haben sich die vorgenannten Faktoren bereits weniger stark ausgewirkt, und es konnten im Durchschnitt monatlich mehr Verfahren erledigt werden. Mit Ausnahme der Abteilung III, deren Kammer 1 eine unerwartet hohe Zahl an Eingängen zu verzeichnen hatte, nähern sich die Abteilungen zunehmend Erledigungszahlen, die mit den Eingängen Schritt halten. Anlässlich einer Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts am 4. Juli 2007 wurde diese über die hohe Belastung der Abteilung III informiert. Die Gerichtskommission wurde darüber am 29. August 2007 ins Bild gesetzt.

Die Verwaltungskommission hat zur Entlastung der Abteilung III ein Massnahmenpaket geschnürt, dem das Gesamtgericht am 15. November 2007 mit grosser Mehrheit zugestimmt hat. Auf Gesuch vom 21. November 2007 hat die Gerichtskommission bereits am 18. Dezember 2007 die ihr beantragten Entlastungsmassnahmen einstimmig gutgeheissen.

Zu den Einzelheiten des Massnahmenpakets: Es wurde beschlossen, dass die Abteilung II von der Abteilung III die Geschäfte auf den Gebieten der medizinischen Aus- und Weiterbildung und der Maturitätsprüfungen sowie im Arbeitslosenrecht mit sofortiger Wirkung übernimmt. Ferner werden im Zusammenhang mit einem erfolgten Rücktritt und einem im Jahr 2008 altershalber noch zu erfolgenden Rücktritt von Richtern die Abteilung I 25 Richterstellenprozente und die Abteilung II 80 Richterstellenprozente an die Abteilung III abtreten; diese Abtretungen werden im Laufe des Jahres 2008 vollständig wirksam. Weiter wird ein Richter der Abteilung I mit Erfahrung im Sozialversicherungsrecht für ein Jahr im Umfang von 40 Stellenprozenten in der Abteilung III aushelfen. Schliesslich wurde der Gerichtskommission beantragt, zusätzliche 195 Stellenprozente zugunsten der Abteilung III und 15 Stellenprozente zugunsten eines Rich-

ters der Abteilung II zur Verstärkung im Bereich öffentliches Beschaffungswesen freizugeben.

Die Abteilung III nahm ihre Arbeit am 1. Januar 2007 mit 11,45 Richterstellen, 33,65 Gerichtsschreiberstellen und 6,4 Stellen in der Kanzlei auf. Nach vollständiger Umsetzung des erwähnten Massnahmenpakets verfügt die Abteilung III über 14,85 Richterstellen, 39 Gerichtsschreiberstellen und 12,2 Stellen in der Kanzlei.

### **Abteilung I**

Die Abteilung hatte die Dossiers einer Vielzahl von Vorgängerorganisationen zu übernehmen. Namentlich die ehemalige Steuer- und die Zollrekurskommission sowie der Beschwerdedienst des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) haben der Abteilung Ende Dezember 2006 eine beachtliche Zahl von Dossiers überwiesen, die zum Teil seit längerer Zeit rechts-hängig waren. Diese älteren Verfahren wurden im vergangenen Jahr mit Priorität behandelt. Trotz der mit dem Aufbau verbundenen Probleme und obwohl mehrere Richter und Richterinnen der Abteilung Zusatzfunktionen für das Gesamtgericht wahrnehmen, ist es im vergangenen Jahr gelungen, die Pendenzen leicht abzubauen.

### **Abteilung II**

Die Mitglieder der Abteilung II hatten sich in mehrere neue Rechtsgebiete einzuarbeiten. Da sie nicht mehr auf das Spezialwissen der nebenamtlichen Richterinnen und Richter (Fachjuristen, Ökonomen, Architekten, Ingenieure usw.) zurückgreifen können, mussten sie ihre Kenntnisse in solchen oft auch ausserrechtlichen Fachbereichen vertiefen. In einigen Rechtsgebieten (Kartellrecht, Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht, Spielbanken/ Glücksspiele und öffentliches Beschaffungswesen) sind im Berichtsjahr mehrere sehr umfangreiche und komplexe Beschwerden eingegangen, deren Behandlung mit einem überdurchschnittlichen Arbeitsaufwand verbunden war. Das notwendige Fachwissen wurde sowohl durch externe als auch durch interne Weiterbildungsveranstaltungen vertieft.

### Abteilung III

Die Abteilung hat zu Beginn des Berichtsjahres von Vorgängerorganisationen 2211 Pendenzen übernommen. Davon entfielen 851 in die Bereiche der Kammer 1 (Sozialversicherungen, Heilmittel, Chemikalien) und 1360 in den Bereich der Kammer 2 (Ausländerrecht, Bürgerrecht sowie diverse Sondermaterien). Bei den Neueingängen betrafen 1738 die Kammer 1 und 1780 die Kammer 2. Am Ende des Berichtsjahres haben die Pendenzen in der Abteilung um 727 auf insgesamt 2938 Verfahren zugenommen.

Negativ auf die Erledigungszahlen ausgewirkt hat sich namentlich eine – aufgrund der in der Projektierungsphase erheblich zu tief geschätzten Eingangszahlen – anfänglich stark unterdotierte Kanzlei; so mussten beispielsweise in den ersten Monaten des Berichtsjahres die Richter und Gerichtsschreiber einen Grossteil der Kanzleiarbeiten selbst ausführen. Dank der bereits im Frühjahr eingeleiteten Personalmassnahmen im Kanzleibereich konnte die Erledigungsquote im zweiten Halbjahr gesteigert werden.

In der Kammer 1 dürfte die hohe Zahl der Eingänge ganz oder überwiegend auf die Mitte 2006 in Kraft getretene Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) zurückzuführen sein. Aufgrund der Abschaffung des Einspracheverfahrens nahmen die Eingänge in diesem Bereich im Vergleich zu 2005 um 791 Verfahren (+ 278 Prozent) zu. Dementsprechend stieg auch die Anzahl Pendenzen. Die Kammer 1 wies aufgrund der Zunahme an Verfahrenseingängen trotz gesteigerter Erledigungszahlen eine ausserordentliche Belastung ihrer Mitglieder (durchschnittlich 226 offene Verfahren pro Richter) und Mitarbeitenden aus. Die Überbelastung auch der Kammer 2 hat die Abteilung dazu veranlasst, Entlastungsmassnahmen zu fordern (vgl. oben).

Die Kammer 2 übernahm von den Vorgängerorganisationen 1360 hängige Beschwerdeverfahren. Im Jahresverlauf waren 1780 Neueingänge zu verzeichnen, denen 1775 Verfahrensabschlüsse gegenüberstanden, die Anzahl Pendenzen stieg geringfügig auf 1365 Verfahren. Gegen Jahresende gelang es, bei den Fallerledigungen mit den Eingängen Schritt zu halten; dies ist umso bemerkens-

wert, als der Kammer dafür nur sechs Richter mit insgesamt 480 Stellenprozenten zur Verfügung standen, was durch mehr Gerichtsschreiber nur teilweise aufgefangen werden konnte. Die Belastung der Mitglieder und Mitarbeitenden der Kammer war denn auch allgemein sehr hoch; so entfielen beispielsweise auf jede volle Richterstelle 370 Verfahrenserledigungen. Die vom Gesamtgericht beschlossenen Entlastungsmassnahmen ergingen vorwiegend zugunsten der Kammer 1.

### Abteilungen IV und V

Die Abteilungen IV und V haben von der Asylrekurskommission 4205 hängige Verfahren übernommen und unter sich aufgeteilt. Die Anzahl Pendenzen im Asylbereich lag auf dem tiefsten Stand seit 11 Jahren (1995: 4082). Da der Personalbestand gegenüber der Vorgängerorganisation bei den Richterstellen aber um rund 20 Prozent und bei den Gerichtsschreiberstellen um rund 7 Prozent gegenüber der Vorgängerorganisation verringert worden war, erwiesen sich die Pendenzen, insbesondere die seit mehreren Jahren hängigen Beschwerdeverfahren, in den schwierigen Monaten nach Arbeitsaufnahme dennoch als Belastung. Die steigende Zahl von Beschwerden gegen Nichteintretensentscheide des Bundesamtes für Migration (BFM), speziell in italienischer Sprache, hatte deutliche Auswirkungen auf das Tagesgeschäft der Abteilungen, da diese Verfahren in der Regel innert fünf Tagen zu erledigen sind und es bezüglich der neuen Nichteintretensbestimmungen Rechtsfragen grundsätzlicher Natur zu entscheiden gab.

Die Abteilungen IV und V haben mit einem gemeinsamen Reglement die Koordination ihrer Verfahrensabläufe und der Rechtsprechung sichergestellt. Zum selben Zweck haben monatliche gemeinsame Sitzungen der Richter und Richterinnen der Abteilungen IV und V sowie regelmässige Sitzungen der Abteilungs- und Kammerpräsidien stattgefunden. Zur Koordination der Rechtsprechung sind im Zusammenhang mit Entscheiden der Kammerpräsidien über die Anordnung der Fünferbesetzung abteilungsübergreifende Konsultationsverfahren durchgeführt worden; sie dienten der Ermittlung und Klärung von Praxisänderungen oder Präjudizien. In drei

Fällen führten die Konsultationen aller Richter und Richterinnen der beiden Asylabteilungen beziehungsweise in einem Fall aller fünf Abteilungen (Revisionsverfahren) zu Grundsatzurteilen in Fünferbesetzung.

In der Abteilung IV entsprachen die Neueingänge in deutscher und französischer Sprache den Erwartungen. Der überraschend hohe Anteil neuer Verfahren in italienischer Sprache führte dazu, dass dem einzigen italienischsprachigen Richter im Vergleich zu seinen Kolleginnen und Kollegen mehr als doppelt so viele Verfahren zugeteilt werden mussten. Durch Abgänge von italienischsprachigen Gerichtsschreibern und Schwierigkeiten, diese Stellen neu zu besetzen, hat sich diese Situation im Berichtsjahr weiter verschärft. Trotz aller erwähnten Schwierigkeiten war es bereits ab Mai 2007 möglich, die Zahl der pendenten Verfahren stetig zu reduzieren. Gleichwohl war es aufgrund der Entwicklung im ersten Halbjahr nicht möglich, die Zahl der per 31. Dezember 2007 hängigen Verfahren gegenüber Ende 2006 zu reduzieren. Die Anzahl hängiger Verfahren stieg gegenüber dem 31. Dezember 2006 um 65 auf 2281.

Auch in der Abteilung V entwickelte sich die Geschäftslast ab Mitte Jahr so, dass die Pendenzen leicht abgebaut werden konnten. Damit wurde der im ersten Halbjahr erfolgte Anstieg allerdings nicht wettgemacht. Die Anzahl pender Verfahren stieg gegenüber dem 31. Dezember 2006 um 165 auf 2159.

### **Vernehmlassungen**

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in sieben Gesetzes- und Verordnungsprojekten zur Vernehmlassung eingeladen. Es erstattete in drei Fällen eine Stellungnahme.

## **Koordination der Rechtsprechung**

Der Koordinationsbedarf war aufgrund der unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Vorgängerorganisationen in vorwiegend prozessualen Fragen hoch. Die Präsidentenkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt 16 Sitzungen und kam für zwei Sitzungen mit der Verwaltungskommission zusammen. Sie entschied im ersten Halbjahr u.a. das Vorgehen bei Gutachten und Expertisen, verabschiedete die Richtlinien zum Schriftenwechsel und legte die Ansätze bei Parteientschädigungen fest. Weiter erliess sie Richtlinien für die Akteneinsicht und befand über die Zuständigkeit und das anwendbare Recht bei Revisionen.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete die aufwendige Erarbeitung von einheitlichen Vorlagen, Formularen und Textbausteinen in drei Landessprachen in Zusammenarbeit mit einer gerichtsinternen Arbeitsgruppe und dem Informatikdienst des Bundesgerichts. Weiter wurden im Frühjahr Regeln zur Anonymisierung der im Internet zu publizierenden Entscheide verabschiedet.

Die vereinigten Abteilungen äusserten sich im Juni 2007 im Verfahren nach Art. 25 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsgesetz (VGG) zu einem Grundsatzentscheid der Abteilung IV in Bezug auf die Zuständigkeit und das anwendbare Recht bei Revisionen.

## Gerichtsverwaltung

### Generalsekretariat

Neben der Gesamtverantwortung für das Generalsekretariat und der Leitung der Sekretariate des Gesamtgerichts, der Präsidentenkonferenz und der Verwaltungskommission betreute die Generalsekretärin Prisca Leu die Bereiche Präsidialsekretariat, Human Resources und Organisation und Finanzen/Controlling. Zudem vertrat sie das Gericht in der Projektgruppe Nutzer für den Neubau in St. Gallen (vgl. Seite 88). Placida Grädel-Bürki wurde am 14. Juni 2007 vom Gesamtgericht zur stellvertretenden Generalsekretärin gewählt und trat die von Reto Lindegger bis 31. August 2007 interimistisch besetzte Stelle am 1. November 2007 an. Ihr sind die Bereiche Zentrale Kanzlei, Informatik, Wissen und Dokumentation und Betrieb und Logistik unterstellt.

Die Mitarbeitenden des Präsidialsekretariats als Stab des Präsidenten und der Generalsekretärin wirkten neben dem Tagesgeschäft in verschiedenen Arbeitsgruppen mit und waren zudem Anlaufstelle für Anwenderfragen zum Geschäftsverwaltungssystem DossPlus und zu den Statistikprogrammen.

Im Berichtsjahr wurden zehn Medienvertreter am Bundesverwaltungsgericht akkreditiert. Sie wurden insbesondere über die als «causes célèbres» bezeichneten, die Medien besonders interessierenden Verfahren vorab informiert. Anlässlich von zwei Treffen mit den akkreditierten Journalisten wurde über mögliche Formen der Information und über erste Erfahrungen mit der Medienarbeit des Gerichts diskutiert. Aus Anlass der Einweihungsfeier des Bundesverwaltungsgerichts wurde am 12. Januar 2007 eine erste Pressekonferenz durchgeführt. Schliesslich trat das Bundesverwaltungsgericht mit vier Medienmitteilungen an die Öffentlichkeit.

### Human Resources und Organisation

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht mit unterschiedlichem Beschäftigungsgrad 336 Personen tätig: 72 Richter und Richterinnen (62,15 Stellen), 167 Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen (143,20 Stellen), 42 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (36,60 Stellen) und 55 Mitarbeitende im Generalsekretariat (51,20 Stellen).

68 Prozent aller Mitglieder und Mitarbeitenden des Gerichts sind deutscher, 26 Prozent französischer und 6 Prozent italienischer Muttersprache.

Bezogen auf die gesamte Anzahl Stellen am Bundesverwaltungsgericht betrug der Frauenanteil am Ende des Berichtsjahres 49 Prozent. Bei den Richtern und Richterinnen betrug der Anteil 26 Prozent, bei den Gerichtsschreibern und Gerichtsschreiberinnen 47 Prozent und beim Kanzleipersonal und den Mitarbeitenden im Generalsekretariat 70 Prozent.

158 Personen arbeiteten in Teilzeit, wobei der Beschäftigungsgrad zwischen 50 Prozent und 95 Prozent lag.

34 Austritten standen 52 Neueintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate (Austritte) betrug 10,37 Prozent. Bei den Richtern und Richterinnen betrug die Rate 2,78 Prozent, bei den Gerichtsschreibern und Gerichtsschreiberinnen 5,39 Prozent und beim Kanzleipersonal und den Mitarbeitenden im Generalsekretariat 26,14 Prozent. Die gute Lage auf dem Stellenmarkt dürfte vor allem beim administrativen Personal zu Abgängen beigetragen haben und mit ein Grund für die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden französischer oder italienischer Muttersprache sein.

Die Verwaltungskommission entschied am 21. Juni 2007, bereits im ersten Jahr der Tätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts für alle Mitarbeitenden lohnrelevante Leistungsbeurteilungen auf der Basis der in der ersten Jahreshälfte geführten individuellen Zielvereinbarungsgespräche vorzunehmen. Ein entsprechendes Konzept wurde zusammen mit einer externen Fachperson erarbeitet und bis Jahresende umgesetzt.

## Finanzen und Controlling

Das bundesweite Projekt Neues Rechnungsmodell Bund (NRM) musste auf konzeptioneller Ebene abgeschlossen und operativ umgesetzt werden. Die Eröffnungsbilanz wurde nach den neuen Vorgaben erstellt und von der Eidgenössischen Finanzkontrolle im Lauf des Sommers abgenommen.

Die Migration der Buchhaltungen der Vorgängerorganisationen in die Buchhaltung des Bundesverwaltungsgerichts bildete ein weiterer Schwerpunkt des Bereichs. Drei Vorgängerorganisationen führten eine eigene Buchhaltung. Die per Ende 2006 noch offenen Saldi mussten vollumfänglich übernommen werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat die offenen Posten weiter bewirtschaftet und mehrheitlich zum Abschluss gebracht. Von allen anderen Vorgängerorganisationen wurden nur die bezahlten Kostenvorschüsse aus noch nicht zum Abschluss gekommenen Verfahren übernommen.

Die Rechnung weist im Berichtsjahr Ausgaben in der Höhe von 57 626 750 Franken und Einnahmen von 2 545 800 Franken, davon 2 249 830 Franken Gerichtsgebühren, aus. Die Kostenstruktur wird im Wesentlichen von den Personalausgaben geprägt: 45 736 390 Franken oder 86,54 Prozent der Gesamtausgaben sind Personalkosten; darin eingeschlossen sind die Kosten für Aus- und Weiterbildung im Umfang von 126 580 Franken. Die Mietkosten beliefen sich auf 4 926 070 Franken, die Kosten für die Informatik auf 4 445 130 Franken. Auf den restlichen Sach- und den übrigen Betriebsaufwand entfielen 2 519 160 Franken.

Die effektiven Verluste aus abgeschriebenen Forderungen betragen 563 650 Franken oder 26,32 Prozent der verbuchten Gerichtsgebühren.

Die in der Rechnung 2007 ausgewiesenen Personalkosten liegen um 7 115 700 Franken oder 13,47 Prozent unter dem Voranschlag. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei der Budgetierung keine Erfahrungswerte zur Verfügung standen und deshalb bewusst hoch budgetiert wurde. Auch sollte dem Gericht in einer Anfangsphase ermöglicht werden, auf nicht vorhergesehene Entwicklungen – etwa bei der Geschäftslast – schnell mit den erforderlichen personellen Massnahmen zu reagie-

ren. Die Zahlen des Voranschlags 2008 beruhen weitgehend auf den Werten des Vorjahres.

Die Staatsrechnung 2006 wurde in der Finanzkommission des Nationalrates am 19. April 2007 vertreten. Der Voranschlag 2008 und die Finanzplanung 2009–2011 wurden am 11. September 2007 in der Finanzkommission des Ständerates und am 11. September und am 31. Oktober 2007 in der Finanzkommission des Nationalrates präsentiert.

	Betrag in CHF
<b>Einnahmen</b>	<b>2 545 800</b>
Gebühren	2 249 830
Entgelte	157 670
Entnahme Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	138 300
<b>Ausgaben</b>	<b>57 626 750</b>
Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	29 914 000
Besoldungen der Richter	15 564 350
Übriger Personalaufwand	258 040
Eidgenössische Schätzungskommission	73 800
Raummiete	4 926 070
Informatik Sachaufwand	4 445 130
Beratungsaufwand	216 160
Übriger Betriebsaufwand	2 229 200

## Zentrale Kanzlei

Die in der Projektphase definierten Abläufe zwischen der Zentralen Kanzlei und den Abteilungskanzleien wurden optimiert und weiter verfeinert. Weiter wurden Weisungen über die Archivierung sowie Weisungen für den Postversand im In- und Ausland in den Abläufen erprobt und laufend verbessert.

## Informatik

Der Bereich Informatik vertritt als Leistungsbezüger rund 350 Benutzer gegenüber verschiedenen Leistungserbringern wie dem Bundesgericht, dem Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT), dem Informatik Service Center des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (ISC EJPD)

und weiteren, teilweise externen Lieferanten. Die Abnahme, Konsolidierung und Weiterentwicklung der verschiedenen Anwendungen bildeten die Schwerpunkte der Tätigkeit des Bereichs.

Die vom Hauptleistungserbringer, dem Informatikdienst des Bundesgerichts in Lausanne, angebotenen Eigenentwicklungen und Open-Source-Anwendungen entsprechen teilweise nicht den üblichen Standards und verursachten bei der Betriebsaufnahme im Januar 2007 und auch in der Folge beträchtlichen Schulungsaufwand. Die verschiedenen Systeme, insbesondere die Büroanwendungen, schneiden auch heute im Vergleich mit den Standardarbeitsplätzen in der Bundesverwaltung schlechter ab. Der Leistungserbringer ist jedoch bemüht, laufend Verbesserungen an den Systemen vorzunehmen. Der geplante IT-Sachaufwand betrug für das Berichtsjahr 4 533 000 Franken, die tatsächlich angefallenen Kosten 4 445 130 Franken. Hiervon entfallen auf das Bundesgericht als Hauptleistungserbringer 4 293 000 Franken.

Die mit einem externen Anbieter entwickelte und im Laufe des Jahres weiter an die Benutzerbedürfnisse angepasste Anwendung für die automatische Fallzuteilung hat sich grundsätzlich bewährt. Mit diesem Programm wird für jedes Verfahren automatisch und nach bestimmten vorgegebenen Kriterien wie beispielsweise Sprache, Rechtsgebiet oder Beschäftigungsgrad ein richterlicher Spruchkörper nach dem Zufallsprinzip bestimmt. In Bereichen – insbesondere in der Abteilung II – wo die Richter gehäuft mit neuen Rechtsgebieten konfrontiert sind und ein hoher Grad an unterschiedlichen Spezialkenntnissen gefragt ist, kam dem Fallzuteilungsprogramm bisher jedoch nur beschränkte Tragweite zu. Insbesondere bei der Übernahme und Zuteilung der hohen Anzahl Verfahrensdossiers aus den Vorgängerorganisationen zu Beginn des Jahres führte die automatische Zuteilung zu einer nennenswerten Zeitersparnis.

Die mehrfach verschobene Einführung des Zentralen Migrationssystems (*Zemis*) des Bundesamtes für Migration (BFM) ist auf den 1. März 2008 vorgesehen. Die verspätete Einführung von *Zemis* verursacht dem Bundesverwaltungsgericht und insbesondere den

Abteilungen III, IV und V einen erhöhten Schulungsaufwand, weil die bereits einmal ausgebildeten Mitarbeitenden auf die definitive Einführung hin Auffrischkurse benötigen.

### **Wissen und Dokumentation**

Das erste Heft der Amtlichen Entscheidungssammlung «Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE)» konnte Anfang Juli gedruckt und an die Abonnenten versandt werden, deren Zahl sich am Ende des Berichtsjahres auf über 2000 belief. Im Entscheidungsjahr 2007 wurden 50 Entscheide publiziert.

Die Bibliotheken an den beiden Standorten in Bern und Zollikofen konnten zu Beginn des Jahres fristgerecht in Betrieb genommen werden. Die Bestände (rund 6600 Monografien am 1. Januar 2007) konnten zum Teil von Vorgängerorganisationen übernommen werden; es zeigte sich jedoch rasch, dass eine gezielte Erneuerung und Ergänzung des Angebots auch in Rechtsgebieten ausserhalb des Verwaltungsrechts unumgänglich war, um den Anforderungen an eine moderne Gerichtsbibliothek zu genügen (gegen 8000 Monografien am Ende des Jahres). Schliesslich nahm der wissenschaftliche Dienst «Länderexperten» für den Asyl- und Ausländerrechtsbereich über 300 verfahrensbezogene Abklärungen zur Situation in Herkunftsländern von Asylsuchenden vor.

### **Betrieb und Logistik**

Die 2006 angelaufenen Umzugs- und Einrichtungsarbeiten an den drei Standorten in Bern und Zollikofen konnten zu Beginn des Berichtsjahres erfolgreich abgeschlossen werden. Die Verwaltungskommission verabschiedete im Herbst des Berichtsjahres ein vom Bereich in Zusammenarbeit mit dem Bundes sicherheitsdienst erarbeitetes Notfallkonzept für alle provisorischen Standorte des Bundesverwaltungsgerichts.

## Aufsicht

### Aufsichtstätigkeit

Zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Enteignung hat die Abteilung I eine Delegation für Enteignungsfragen ins Leben gerufen, bestehend aus Lorenz Kneubühler (Abteilungspräsident, Vorsitz), Florence Aubry-Girardin (Richterin, bis 31. Dezember 2007) und Beat Forster (Richter) sowie Thomas Moser (Sekretär). Die Delegation setzte sich an mehreren Sitzungen mit organisatorischen Fragen auseinander. Insbesondere stellte sie den Schätzungskommissionen modernere Dossiers und elektronische Logos zur Verfügung und regelte die Archivierung der Akten. Nachwahlen für die Schätzungskommissionen waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich; zwar sind zurzeit zwei Vizepräsidentenstellen vakant, doch können diese voraussichtlich bis zu den Gesamterneuerungswahlen Ende 2008 unbesetzt bleiben.

### Aufsicht durch das Bundesgericht

Eine Delegation der Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts traf sich am 7. März 2007 in Lausanne und die gesamte Verwaltungskommission am 4. Juli 2007 in Bern mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts zu Aufsichtssitzungen.

Fragen im Bereich der Informatik führten wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten. Am 13. März 2007 erliess das Bundesgericht eine superprovisorische Weisung betreffend die Informatik an den eidgenössischen Gerichten, mit welcher das Bundesgericht einseitig besetzte Leitungs- und Entscheidungsorgane für den IT-Bereich verordnete. In der Folge haben die parlamentarischen Oberaufsichtskommissionen eine Arbeitsgruppe «IT-Bundesgericht» der Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte geschaffen. An den beiden Sitzungen der Arbeitsgruppe vom 5. Juli und 22. August 2007 nahmen seitens der drei eidgenössischen Gerichte die Präsidenten und die Generalsekretäre teil. Im Anschluss an die zweite Sitzung beantragte die Arbeitsgruppe eine (Kosten-)Studie, um eine Entscheidungsgrundlage zu erhalten. Die Arbeitsgruppe bekräftigte gleichzeitig ihre Erwartung, dass die Informatik der Gerichte den Grundsätzen der Zweck-

mässigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit genügt. Sie betonte jedoch bei dieser Gelegenheit, dass die Umsetzung Sache der Gerichte sei. Aufgrund der Ausgangslage nach dieser zweiten Sitzung hob die Verwaltungskommission des Bundesgerichts die superprovisorische Weisung auf.

In drei Entscheiden (12T\_1/2007, 12T\_2/2007 und 12T\_3/2007) zu Aufsichtsanzeigen nach Art. 1 Abs. 2 BGG i.V. mit Art. 71 VwVG rügte das Bundesgericht die lange Dauer von Beschwerdeverfahren im Asylbereich, wobei es die mehrjährige Verfahrensdauer bei der Asylrekurskommission, welche unter der Aufsicht des Bundesrates stand, mitzählte, und gab den Instruktionsrichtern bzw. den Spruchkörpern verfahrensrechtliche Anweisungen. In einem weiteren Fall (12T\_4/2007) gab es einer Aufsichtsanzeige wegen beanstandeter Spruchkörperbildung keine Folge.

### Parlamentarische Oberaufsicht

Die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts empfing am 27. April 2007 die Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen. Am 27. August 2007 trafen Vertreter der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte den Präsidenten und die Generalsekretärin des Bundesverwaltungsgerichts zu einer ersten Standortbestimmung nach Aufnahme der Tätigkeit. Schwerpunkte bildeten jeweils die steigende Geschäftslast im Bereich der Invalidenversicherung und die Anzahl hängiger Asylverfahren. Die Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen empfingen am 26. November 2007 Vertreter des Bundesverwaltungsgerichts für eine Aussprache über die Behandlung der Beschwerde betreffend die Vergabe der Bahntechnik Gotthardbasistunnel. In diesem Zusammenhang wurden auch allgemeine Verfahrensfragen im Submissionswesen erörtert.

Auch bei einem Treffen zwischen der Gerichtskommission der eidgenössischen Räte und dem Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts am 29. August 2007 bildete die bereits mehrfach erwähnte Entwicklung der Geschäftslast am Gericht das Hauptthema. In diesem Zusammenhang wurde die Möglichkeit einer Ausschöpfung des aktuellen Maxi-

mums von 64 Vollzeitstellen gemäss Richterstellenverordnung erörtert. An der Sitzung vom 18. Dezember 2007 hat die Gerichtskommission im Rahmen der ihr beantragten Entlastungsmassnahmen (vgl. auch Geschäftslast) 210 Prozent zusätzliche Richterstellen bewilligt und sofort ausgeschrieben.

## Zusammenarbeit

---

Der bereits im Aufbaujahr 2006 gepflegte Meinungsaustausch zwischen Bundesstrafgericht und Bundesverwaltungsgericht über gemeinsame Probleme und Anliegen wurde weitergeführt. Die Verwaltungskommissionen haben sich im Berichtsjahr zweimal getroffen, am 15. Juni 2007 in Bellinzona und am 30. November 2007 in Bern. An diesen gemeinsamen Sitzungen standen Fragen zur Aufsicht und zur Oberaufsicht sowie zur Informatik der eidgenössischen Gerichte im Mittelpunkt.

Weiter nahmen zwei Mitglieder der Verwaltungskommission mit Vertretern der anderen eidgenössischen Gerichte, kantonaler Gerichte und der Wissenschaft am 28. Juni und am 1. November 2007 an den ersten Sitzungen der Begleitgruppe zum Projekt «Evaluation der Wirksamkeit der neuen Bundesrechtspflege» des Bundesamts für Justiz (BJ) teil.

## St. Gallen

---

Frühestens im Jahr 2011 zieht das Bundesverwaltungsgericht an seinen definitiven Standort in St. Gallen. Die Sieger des Projektwettbewerbs für den Neubau auf dem Areal Chrüzacker wurden Ende 2005 erkoren; seither sind die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt mit dem Namen «auf Rosen gebettet» von Stauer & Hasler Architekten AG, Frauenfeld, auf verschiedenster Stufe in vollem Gange. Nachdem alle Einsprachen zum Sondernutzungsplan für das Projekt zurückgezogen worden waren, wurde dieser im August 2007 von der Stadt St. Gallen genehmigt.

Das Bundesverwaltungsgericht war im Berichtsjahr im Lenkungsausschuss (strategische Ebene) durch seinen Präsidenten, im Projektausschuss (operative Ebene) durch ein Mitglied der Verwaltungskommission und in der Arbeitsgruppe Nutzer (Realisierung der Nutzerbedürfnisse) durch seine Generalsekretärin vertreten. Der Lenkungsausschuss traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen, deren Gegenstand namentlich die zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen des Projekts bildeten. Der Projektausschuss hatte sich sowohl mit planerischen Fragen als auch mit dem Kosten- und Baucontrolling zu befassen; seine Entscheide, Aufträge und Anträge bilden eine wichtige Grundlage für die Arbeiten des Lenkungsausschusses und der Arbeitsgruppe Nutzer. Schwerpunkte der neun Sitzungen der letztgenannten Projektgruppe bildeten die verfeinerte Planung in den Bereichen Bibliothek, Gerichtssäle und Gastronomie sowie erste Varianten für die Möblierung des Gerichtsgebäudes.

Die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts entschied im Herbst des Berichtsjahres, für das Projekt St. Gallen 20XX ein externes Unternehmen zu beauftragen und den Auftrag öffentlich auszuschreiben; eine gerichtsinterne Lösung hätte zu viel Kapazitäten gebunden. Das Projekt umfasst die Planung, die Koordination und die Ausführung der mit dem Wechsel nach St. Gallen verbundenen Aufgaben.

Mit der Universität St. Gallen und ihrem Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis konnten erste Kontakte geknüpft werden. So fand am 24. Oktober 2007 in Luzern eine gemeinsame öffentliche Tagung zum Thema «Das Bundesverwaltungsgericht: Stellung und Aufgaben» statt.

# Statistiken

## Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte				Verfahrensausgang						
	Von den Vorgängerorganisationen übernommen	Eingang 2007	Erledigung 2007	Übertrag auf 2008	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung Ablehnung	Gutheissung Bewilligung	Rückweisung	Feststellung	Überweisung
Beschwerden	7348	8230	7206	8372	1869	1842	2516	738	125	14	102
Klagen	1	1	1	1	1	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	8	126	125	9	19	11	7	5	3	35	45
Revisionsgesuche usw.	126	197	228	95	30	121	56	18	2	–	1
<b>Total</b>	<b>7483<sup>2</sup></b>	<b>8554</b>	<b>7560<sup>1</sup></b>	<b>8477</b>	<b>1919</b>	<b>1974</b>	<b>2579</b>	<b>761</b>	<b>130</b>	<b>49</b>	<b>148</b>

<sup>1</sup> Von den insgesamt 7560 Erledigungen im vergangenen Jahr waren 1692 Verfahren an das Bundesgericht weiterziehbar, 5868 Verfahren waren letztinstanzlich. Effektiv angefochten wurden 220 Verfahren (ohne Zwischenverfügungen), dies entspricht einer Anfechtungsquote von 13 Prozent. 110 Verfahren wurden im Berichtsjahr durch das Bundesgericht abgeschlossen. Das Bundesgericht hat in 46 Verfahren (42%) die Eingabe abgewiesen, in 6 Verfahren (7%) die Eingabe gutgeheissen und in 2 Fällen (2%) das Verfahren zur Neuurteilung an das Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen. In 47 Verfahren (43%) trat das Bundesgericht auf die Eingabe nicht ein und in 8 Verfahren (7%) wurde die Eingabe als gegenstandslos erklärt.

<sup>2</sup> Im Bericht der provisorischen Gerichtsleitung über ihre Geschäftsführung beim Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts (BVGer) in den Jahren 2005 und 2006 vom 15. März 2007 wurde die Zahl der übernommenen Verfahren mit 7639 Dossiers ausgewiesen. Diese Zahl wird nun auf 7483 Verfahren korrigiert, da während des Jahres noch Fehler der Datenmigration bereinigt wurden.

## Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Erledigung 2007
Beschwerden	246	1141	2047	927	855	984	1006	<b>7206</b>
Klagen	–	–	–	–	–	1	–	<b>1</b>
Andere Rechtsmittel	61	47	13	2	1	–	1	<b>125</b>
Revisionsgesuche usw.	12	64	93	10	15	12	22	<b>228</b>
<b>Total</b>	<b>319</b>	<b>1252</b>	<b>2153</b>	<b>939</b>	<b>871</b>	<b>997</b>	<b>1029</b>	<b>7560</b>

## Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen
Beschwerden	335	5146	537	5146
Klagen	400	400	200	200
Andere Rechtsmittel	28	1228	281	1590
Revisionsgesuche usw.	235	2571	517	2395

Aufgegliedert in die Verfahren, die vor Bundesverwaltungsgericht anhängig gemacht wurden beziehungsweise in Verfahren, die von den Vorgängerorganisationen übernommen wurden, stellt sich die Verfahrensdauer wie folgt dar. Dabei handelt es sich um die gesamte Verfahrensdauer ohne Abzug der Zeit, während der ein Verfahren sistiert war.

## Dauer der Geschäfte (nur BVGer)

	Eingang BVGer	Erledigung 2007	Dauer der Geschäfte					Mittlere Dauer	Maximale Dauer
			bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	Tage	Tage
Beschwerden	8230	<b>3878</b>	246	1134	1712	560	226	71	353
Klagen	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	126	<b>118</b>	61	45	11	1	-	13	151
Revisionsgesuche usw.	197	<b>156</b>	12	64	74	5	1	39	253
<b>Total</b>	<b>8554</b>	<b>4152</b>	<b>319</b>	<b>1243</b>	<b>1797</b>	<b>566</b>	<b>227</b>		

## Dauer der Geschäfte (nur Vorgängerorganisationen)

	von den Vorgängerorganisationen übernommen	Erledigung 2007	Dauer der Geschäfte						Mittlere Dauer	Maximale Dauer
			bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 bis 4 Jahre	mehr als 4 Jahre	Tage	Tage
Beschwerden	7348	<b>3328</b>	709	629	984	435	232	339	643	5146
Klagen	1	<b>1</b>	-	-	1	-	-	-	400	400
Andere Rechtsmittel	8	<b>7</b>	5	1	-	-	1	-	276	1228
Revisionsgesuche usw.	126	<b>72</b>	24	14	12	4	3	15	660	2571
<b>Total</b>	<b>7483</b>	<b>3408</b>	<b>738</b>	<b>644</b>	<b>997</b>	<b>439</b>	<b>236</b>	<b>354</b>		

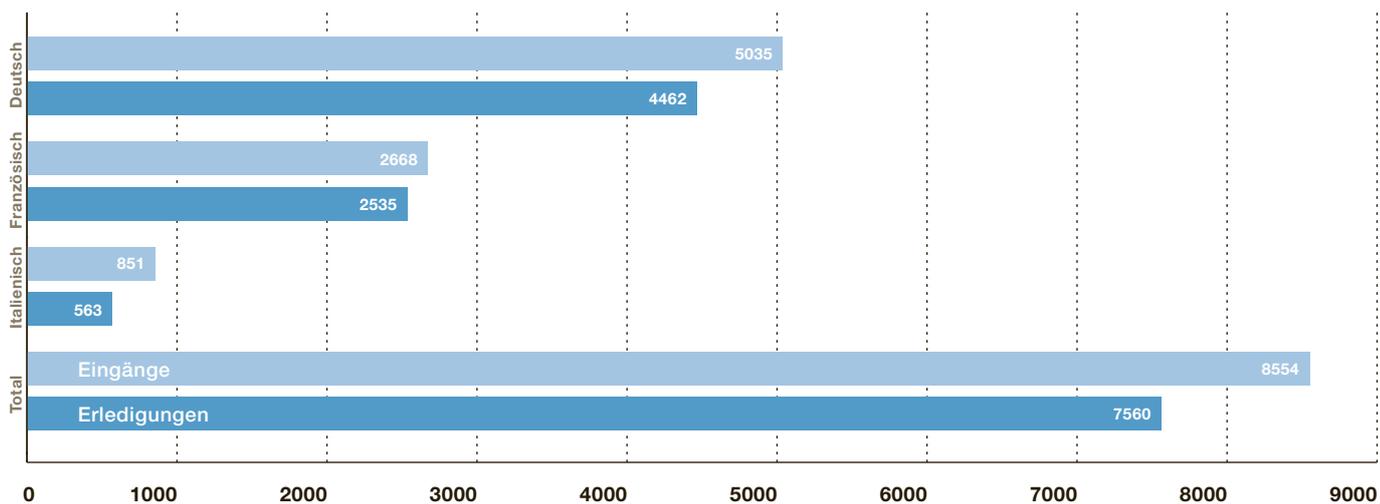
## Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung der von den Vorgängerorganisationen übernommenen Geschäfte (Q2)			Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3)	
	Neueingang 2007	davon Erledigung 2007	davon Übertrag auf 2008	Übernommene Geschäfte von 2006	davon Erledigung 2007	davon Übertrag auf 2008	Neueingang 2007	Erledigung 2007
Abteilung I	623	274 (44%)	349 (56%)	814	355 (44%)	459 (56%)	623	629 (101%)
Abteilung II	429	178 (41%)	251 (59%)	248	208 (84%)	40 (16%)	429	386 (90%)
Abteilung III	3518	1406 (40%)	2112 (60%)	2211	1385 (63%)	826 (37%)	3518	2791 (79%)
Abteilung IV	2238	1354 (61%)	884 (39%)	2216	819 (37%)	1397 (63%)	2238	2173 (97%)
Abteilung V	1746	940 (54%)	806 (46%)	1994	641 (32%)	1353 (68%)	1746	1581 (91%)
<b>Total</b>	<b>8554</b>	<b>4152 (49%)</b>	<b>4402 (51%)</b>	<b>7483</b>	<b>3408 (46%)</b>	<b>4075 (54%)</b>	<b>8554</b>	<b>7560</b>

## Spruchkörper

	Erledigungen						
	Einzelrichter	Zirkulationsweg			Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3795	3354	22	3376	34	1	35
Klagen	1	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	108	17	-	17	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	153	73	2	75	-	-	-
<b>Total</b>	<b>4057</b>	<b>3444</b>	<b>24</b>	<b>3468</b>	<b>34</b>	<b>1</b>	<b>35</b>

## Streitsachen nach Sprachen 2007



## Erledigungsarten 2007

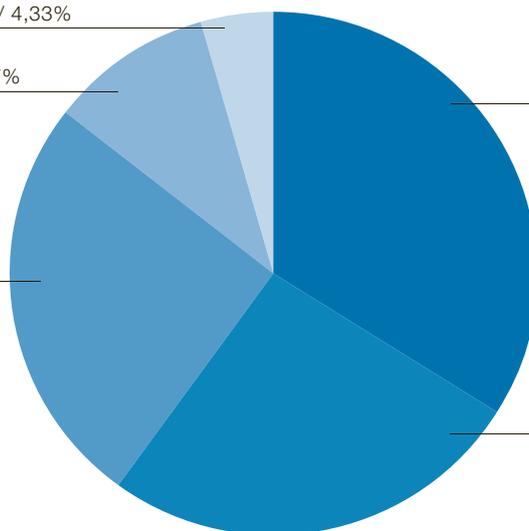
Rückweisung und Überweisung 327 / 4,33%

Gutheissung, Bewilligung 761 / 10,07%

Abschreibungen 1919 / 25,38%

Abweisung, Ablehnung 2579 / 34,11%

Nichteintreten 1974 / 26,11%



## Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	von Vorgänger- organisationen	Eingang 2007	Erledigung 2007	Übertrag auf 2008
<b>Abteilung I</b>				
Beschwerden	813	608	618	803
Klagen	–	1	–	1
Andere Rechtsmittel	1	10	8	3
Revisionsgesuche usw.	–	4	3	1
<b>Total</b>	<b>814</b>	<b>623</b>	<b>629</b>	<b>808</b>
<b>Abteilung II</b>				
Beschwerden	247	427	384	290
Klagen	1	–	1	–
Revisionsgesuche usw.	–	2	1	1
<b>Total</b>	<b>248</b>	<b>429</b>	<b>386</b>	<b>291</b>
<b>Abteilung III</b>				
Beschwerden	2208	3493	2768	2933
Andere Rechtsmittel	2	15	15	2
Revisionsgesuche usw.	1	10	8	3
<b>Total</b>	<b>2211</b>	<b>3518</b>	<b>2791</b>	<b>2938</b>
<b>Abteilung IV</b>				
Beschwerden	2138	2086	1996	2228
Andere Rechtsmittel	2	59	57	4
Revisionsgesuche usw.	76	93	120	49
<b>Total</b>	<b>2216</b>	<b>2238</b>	<b>2173</b>	<b>2281</b>
<b>Abteilung V</b>				
Beschwerden	1942	1616	1440	2118
Andere Rechtsmittel	3	42	45	–
Revisionsgesuche usw.	49	88	96	41
<b>Total</b>	<b>1994</b>	<b>1746</b>	<b>1581</b>	<b>2159</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>7483</b>	<b>8554</b>	<b>7560</b>	<b>8477</b>

# Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Staat – Volk – Behörden</b>						
610.00 Aus Art. 8 und 29 BV abgeleitete Rechte	2	-	-	-	-	2
613.10 Meinungs- und Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Petitionsrecht	13	-	-	-	-	13
<b>614.00 Bürgerrecht, Ausländerrecht, Asylrecht – Total</b>	<b>5145</b>	<b>-</b>	<b>92</b>	<b>224</b>	<b>-</b>	<b>5461</b>
614.10 Bürgerrecht	55	-	-	-	-	55
614.20 Ausländerrecht	1508	-	8	8	-	1524
614.40 Asylverfahren	3415	-	83	215	-	3713
614.60 Asyl Verschiedenes	66	-	-	1	-	67
614.70 Anerkennung der Staatenlosigkeit	5	-	-	-	-	5
614.80 Ausweisschriften	96	-	1	-	-	97
<b>615.10 Staatshaftung (Bund)</b>	<b>9</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>9</b>
<b>617.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)</b>	<b>35</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>37</b>
<b>621.00 Stiftungsaufsicht</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>2</b>
<b>631.80 Strafprozess. Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>632.10 Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren des Bundes</b>	<b>50</b>	<b>-</b>	<b>6</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>56</b>
<b>637.00 Amts- und Rechtshilfe</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3</b>
<b>Total Staat – Volk – Behörden</b>	<b>5259</b>	<b>-</b>	<b>99</b>	<b>226</b>	<b>-</b>	<b>5584</b>
<b>Schule – Wissenschaft – Kultur</b>						
639.99 Schule, Wissenschaft und Forschung	112	-	-	-	-	112
643.99 Sprache, Kunst und Kultur	9	-	-	-	-	9
646.00 Natur- und Heimatschutzrecht	1	-	-	-	-	1
<b>Total Schule – Wissenschaft – Kultur</b>	<b>122</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>122</b>
<b>Landesverteidigung</b>						
<b>Total</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>14</b>

## Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Finanzen</b>						
660.00 Subventionen	-	-	-	-	-	-
661.00 Zölle	71	-	2	-	-	73
662.00 Direkte Steuern	5	-	-	-	-	5
663.00 Stempelabgaben	1	-	-	-	-	1
664.00 Indirekte Steuern	218	-	5	1	-	224
664.10 Warenumsatzsteuer	4	-	-	-	-	4
664.20 Mehrwertsteuer	185	-	4	1	-	190
664.50 Schwerverkehrsabgabe	24	-	1	-	-	25
664.70 Verschiedene indirekte Steuern	5	-	-	-	-	5
665.00 Verrechnungssteuer	5	-	-	-	-	5
<b>Total Finanzen</b>	<b>300</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>308</b>

### Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

670.00 Raumplanung	-	-	-	-	-	-
673.00 Enteignung	3	-	-	-	-	3
674.00 Energie	-	-	-	-	-	-
675.00 Strassenwesen	20	-	-	-	-	20
676.00 Öffentliche Werke des Bundes und Verkehr	96	-	-	-	-	96
677.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	16	-	-	-	-	16
678.00 Post, Fernmeldewesen	30	-	-	-	-	30
679.00 Radio und Fernsehen	35	-	-	-	-	35
<b>Total öffentliche Werke - Energie - Verkehr</b>	<b>200</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>200</b>

## Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</b>						
679.90 Gesundheit	-	-	-	-	-	-
680.00 Medizinalberufe	13	-	-	-	-	13
680.40 Heilmittel	16	-	-	-	-	16
680.50 Chemikalien	6	-	-	-	-	6
681.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	9	-	-	-	-	9
682.00 Krankheits- und Unfallbekämpfung	2	-	-	-	-	2
683.00 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	1	-	-	-	-	1
684.00 Arbeit (öffentliches Recht)	58	-	-	-	-	58
685.00 Sozialversicherung	947	-	6	-	-	953
685.01 Sozialversicherung AT	1	-	-	-	-	1
685.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	96	-	2	-	-	98
685.30 Invalidenversicherung (IV)	644	-	3	-	-	647
685.50 Berufliche Vorsorge	176	-	1	-	-	177
685.70 Krankenversicherung	5	-	-	-	-	5
685.80 Unfallversicherung	21	-	-	-	-	21
685.92 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
686.00 Familienzulagen. Landwirtschaft	-	-	-	-	-	-
686.20 Arbeitslosenversicherung	4	-	-	-	-	4
687.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-	-
688.00 Fürsorge	18	-	-	-	-	18
<b>Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</b>	<b>1070</b>	<b>-</b>	<b>6</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>1076</b>
<b>Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</b>						
690.00 Wirtschaft (öffentliches Recht wenn keine speziellere Nummer)	19	-	-	-	-	19
692.00 Preisüberwachung	-	-	-	-	-	-
693.00 Landwirtschaft	69	-	-	1	-	70
693.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
695.99 Handel, Kredit und Privatversicherung	31	-	-	-	-	31
699.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie	1	-	-	-	-	1
<b>Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</b>	<b>120</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>121</b>

## Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Diverse Rechtsgebiete</b>						
713.10 Familienrecht. Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
741.20 Obligationenrecht. Landwirtschaftliche Pacht	-	-	-	-	-	-
768.00 Handelsregister- und Firmenrecht	1	-	-	-	-	1
769.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz	111	-	1	-	-	112
949.91 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	1	-	-	-	-	1
963.00 Verwaltungsstrafrecht	-	-	-	-	-	-
990.00 Übriges (diverse Rechtsgebiete)	9	-	12	-	-	21
<b>Total diverse Rechtsgebiete</b>	<b>122</b>	<b>-</b>	<b>13</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>135</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>7206</b>	<b>1</b>	<b>125</b>	<b>228</b>	<b>-</b>	<b>7560</b>



**Herausgeber: Bundesgericht**

Av. du Tribunal fédéral 29  
CH-1000 Lausanne 14  
Telefon 021 318 91 11  
direktion@bger.admin.ch  
www.bger.ch

Schweizerhofquai 6  
CH-6004 Luzern  
Telefon 041 419 35 55

**Bundesstrafgericht**

Kanzlei  
Postfach 2720  
CH-6501 Bellinzona  
Telefon 091 822 62 62  
info@bstger.admin.ch  
www.bstger.ch

**Bundesverwaltungsgericht**

Schwarztorstrasse 59  
Postfach  
CH-3000 Bern 14  
Telefon 058 705 26 26  
info@bvger.admin.ch  
www.bvger.ch

**Gestaltung und Satz:** Jeanmaire & Michel AG; [www.agentur.ch](http://www.agentur.ch)

Diese Publikation ist auch in Französisch und Italienisch erhältlich;  
sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift  
Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via [kanzlei@bger.admin.ch](mailto:kanzlei@bger.admin.ch) zu bestellen.

ISSN 1423-1794  
Form 101.132.d

02/2008 2500